

"100.000 AUF DEN BARRIKADEN – WOHIN, BELARUS?"

#1 Factsheet



Core Facts:

- Seit 26 Jahren regiert Autokrat Alexander Lukaschenko die Republik Belarus.
- Vier Präsidentschaftskandidat*innen wurden daran gehindert, am 9. August 2020 zur Wahl anzutreten.
- Lukaschenko soll mit 80,1 % Zustimmung zum sechsten Mal wiedergewählt worden sein. Die EU & die Bürger*innen von Belarus erkennen die Wahl nicht an.
- Hunderttausende demonstrieren seit Monaten auf den Straßen. Staatsbetriebe werden bestreikt.
- Tausende Demonstrierende wurden in den letzten Wochen festgenommen.
- Berichten und Fotos zufolge wurden Gefangene gefoltert. Erste Todesfälle sind bekannt.
- Führende Oppositionelle mussten fliehen oder wurden bereits verhaftet.

Anfang August fanden in Belarus Präsidentschaftswahlen statt. Das Wahlergebnis von 80,1 % für Präsident Lukaschenko wird als manipuliert angesehen. Die Bürger*innen protestieren deshalb seit Monaten massiv gegen die Wahlergebnisse. Die oppositionellen Politiker*innen rund um das Schattenkabinett der Herausforderin Swetlana Tichanowskaja haben sich ins Exil geflüchtet oder wurden verhaftet. Dennoch hat sich Lukaschenko am 23. September für seine sechste Amtszeit vereidigen lassen.

Aufgrund angeblicher Radikalisierungen innerhalb der Protestbewegung darf die Polizei in Zukunft mit scharfen Waffen gegen Demonstrierende vorgehen. Am 12. Oktober reagierten die EU-Außenminister auf diese weiter anhaltende Gewalt und drohten in einem Beschluss mit weiteren finanziellen Sanktionen sowie einem Militärgüterembargo, auch gegen Lukaschenko, wenn sich die Lage im Land nicht verbessere.

Lukaschenko traf sich jüngst mit Putin, um dessen Unterstützung zu erfragen. Dieser hatte im Rahmen der bilateralen Verträge mit dem „kleinen Bruder“ Belarus bereits erwogen, russische Sicherheitskräfte zur Unterstützung zu senden. Er warnte außerdem vor einer Einmischung anderer Staaten. Für die nun zugesagten russischen Kredite in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar sollen Verfassungsänderungen eintreten – diese schwächen Lukaschenko und stärken das Parlament. Da eine Parteienlandschaft erst gebildet werden müsste, befürchten viele, dass Russland dies nutzen könnte, um erheblichen Einfluss auf die Politik seines Nachbarstaates auszuüben.

Die Lage ist demnach weiterhin kritisch und die EU aufgrund der Konsensregelung im Europäischen Rat kaum zu schnellen Entscheidungen fähig. Die europäische Zivilgesellschaft fordert indes Unterstützung für die Zivilbevölkerung und ein einheitliches Vorgehen, auch gegen die Einflussnahme Russlands.

